

Schweizerische  
Volkspartei

SVP-Fraktion im Gemeindeparlament Wil

## Postulat

### Gerechte Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben

Im Bereich Sicherheit hat die Stadt Wil polizeiliche Aufgaben übernommen, welche durch Wils Funktion als regionales Zentrum mit verursacht werden. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Polizeieinsätzen wird durch Personen verursacht, welche nicht in der Stadt, sondern in der Region Wil wohnhaft sind. Im Sinne einer Entlastung der Zentrumsfunktion im Sicherheitsbereich soll der Stadtrat die Folgen einer Kündigung der „Vereinbarung über die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt Wil“ vom 1. April 2002 prüfen.

Derzeitig leistet die Stadt Wil die freiwillige, finanzielle Übernahme einer kantonalen Aufgabe, denn die Polizeihochheit liegt verfassungsrechtlich beim Kanton. Für eine erhöhte Polizeipräsenz und für die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben zahlt die Stadt Wil einen zu hohen Preis, wie u.a. die steigenden Kosten für private Sicherheitsdienste belegen. Die künstliche Trennung in Polizeikräfte mit städtischen und mit kantonalen Aufgaben ist nicht mehr zeitgemäss. Mit der Neustrukturierung der Wiler Polizeikräfte könnte zudem eine noch bessere Koordination der Polizeikräfte erreicht werden. Viele Kantone haben diese Notwendigkeit erkannt und beispielsweise die Stadt- oder Gemeindepolizei in die Kantonspolizei integriert.

Als zukünftig drittgrösste Gemeinde des Kantons St. Gallen soll Wil nicht nur weniger Zentrumslasten zu tragen haben, sondern seinem Bedürfnis nach Sicherheit muss angemessen Rechnung getragen werden. In einem Bericht soll der Stadtrat die Vor-, aber auch mögliche Nachteile einer Aufhebung der „Vereinbarung über die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt Wil“ vom 1. April 2002 detailliert darlegen; insbesondere unter dem Aspekt der finanziellen Entlastung.

Wir laden den Stadtrat deshalb ein, dem Parlament Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen. Der Bericht soll Antworten auf die folgenden Fragen geben:

1. Welche Auswirkung hätte die Aufhebung der „Vereinbarung über die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt Wil“ vom 1. April 2002 auf die Polizeipräsenz in Wil?
2. Was wären insgesamt die finanziellen Folgen für den städtischen Haushalt Wils? Würden die Bussen bei der Bussenerhebung auf der Stelle weiterhin der Stadt Wil finanziell zugute kommen?
3. Wie würden sich die städtischen Ausgaben für private Sicherheitsdienste verändern?

Wil, 1. März 2012

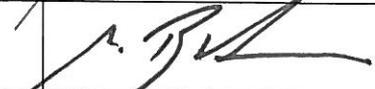
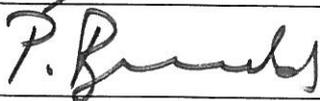
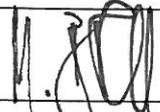
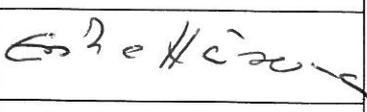
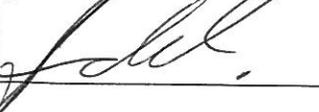
, (Klaus Rüdiger), Erstunterzeichner

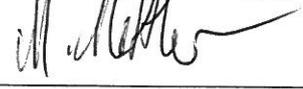
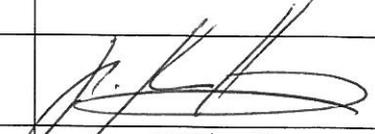
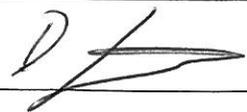
Parlamentarischer Vorstoss:

Gerechte Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben

Erstunterzeichnende Person:

Rüdiger, Klaus, SVP

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Ammann Schläpfer Silvia, SP	
Bachmann Adrian, FDP	
Bachmann Marc, FDP	
Bernold Patrick, CVP	
Bosshart Roland M., CSP	
Breu Mario, FDP	
Deffendi Juri, SVP	
Frick-Beer Ruth, CSP	
Gehrig Christoph, CVP	
Gehrig Reto, CVP	
Girschweiler Harald, parteilos	
Grob Erich, CVP	
Habrik Roman, FDP	
Hartmann Gillessen Susanne, CVP	
Hasler Christine, CVP	
Hauser Erwin, SVP	
Häusermann Erika, glp	
Hegelbach Katja, SP	
Hilber Markus, FDP	
Hodel Norbert, FDP	

Name/Vorname/Partei	Unterschrift
Hürsch Christoph, CVP	
Kauf Luc, GRÜNE prowil	
Koller Sebastian, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen	
Lerch Patrik, SVP	
Lutz Patrick, SVP	
Mettler Marianne, SP	
Noger Eva, GRÜNE prowil	
Ressegatti Bruno, GRÜNE prowil	
Rüdiger Klaus, SVP	
Rutz Roman, EVP	
Sarbach Michael, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen	
Schär Ruedi, CVP	
Schmitt Mario, SVP	
Schweizer Erwin, CVP	
Shitsetsang Jigme, FDP	
Stieger Pascal, CVP	
Sulzer Dario, SP	
Wick Guido, GRÜNE prowil	
Zäch Daniel, SVP	
Zahner Mark, SP	